



Spielplatzparty der SPD Bornheim

## BORNHEIM MUSS FAMILIENFREUNDLICHER WERDEN

### Mehr für Familien: gute Betreuungsplätze, mehr Freizeitangebote

>>> „Zu wenig und zu teuer. Das beschreibt aus meiner Sicht als junge Mutter die Betreuungssituation in der Stadt“, moniert die stellvertretende SPD-Vorsitzende Anna Peters. „Viele Familien gehen bei der Vergabe von Kita-Plätzen leer aus oder müssen sich mit einem Betreuungsplatz arrangieren, den sie als nicht zufriedenstellend wahrnehmen. Zudem belasten die Gebühren für die Kinderbetreuung Familien mit mittleren Einkommen enorm. Das muss sich ändern!“

Die Stadt Bornheim befindet sich aktu-

ell im Haushaltssicherungskonzept. Die Möglichkeiten, die Kita-Gebühren im Rat zu senken, sind stark eingeschränkt. „Da ist die schwarz-gelbe Landesregierung und Familienminister Stamp gefragt. Es braucht eine Kita-Offensive und mehr Geld für die Kommunen in NRW, dann können wir auch die Kita-Gebühren absenken oder besser noch ganz abschaffen“, ist Peters überzeugt.

Die SPD und ihre Mitglieder in Bornheim machen sich nicht nur für gute und bezahlbare Betreuungsplätze

stark, sondern auch für ein Mehr an Freizeitangeboten. So hat Anna Peters Anfang des Jahres zusammen mit der AWO das erste Eltern-Kind-Café ins Leben gerufen. Und auch unsere Spielplatzparty ist ein Magnet für Kinder und Eltern. „Unser Fest mit spannenden Spielstationen und kostenloser Verpflegung kommt sehr gut bei den Familien an. Das möchten wir jetzt als festes Event in Bornheim installieren“, erläutert der SPD-Vorsitzende Philipp Voigt. Die nächste Spielplatzparty ist für Sommer 2019 geplant.

## VERKAUFSOFFENE SONNTAGE IN DER STADT BORNHEIM SICHERSTELLEN

>>> Der Rat der Stadt Bornheim hat jüngst eine neue ordnungsbehördliche Verordnung zu den verkaufsoffenen Sonntagen in Bornheim (Weihnachtsmarkt) und Roisdorf (Martinimarkt) erlassen. Für weitere Anlässe im Stadtgebiet soll dies noch erfolgen.

Dies war notwendig geworden, nachdem die Gewerkschaft ver.di gegen verkaufsoffene Sonntage im Bornheimer Stadtgebiet geklagt hatte. Denn nach neuester Rechtsprechung muss unter anderem ein unmittelbarer räumlicher Bezug zwischen der Veranstaltung und den Verkaufsstellen sichergestellt sein.

Die Bedeutung verkaufsoffener Sonntage unterstreicht der SPD-Fraktionsvorsitzende Wilfried Hanft: „Es geht darum, die Gewerbe- und Geschäftsstandorte in Bornheim, in Roisdorf und in anderen Ortsteilen unter Herausstellung der Vielfalt des örtlichen Einzelhandels zu erhalten und zu stärken.“ Dabei gehe es auch um die Zielsetzung, Leerständen, wie zum Beispiel im Bornheimer Zentrum, oder Geschäftsaufgaben entgegenzuwirken. Damit soll bewirkt werden, dass insbesondere auch ältere Einwohner in Zukunft nicht wegen jeder Besorgung in eines der Oberzentren fahren müssen. Dadurch würde das Verkehrsaufkommen weiter

erhöht und Geringverdiener mit zusätzlichen Kosten belastet.

Ob die überarbeitete Satzung allerdings längerfristig Bestand hat, wird sich zeigen, da ver.di eine weitere gerichtliche Überprüfung auf den Weg bringt. Die SPD steht prinzipiell an der Seite der Gewerkschaften, die sich für berechnete Arbeitnehmerinteressen einsetzen und die Beschäftigten schützen wollen. Der hier eingeschlagene Weg schießt jedoch weit über dieses Ziel hinaus und trifft die Arbeitnehmer selbst.

## SPD FORDERT ZWEITE GESAMTSCHULE

>>> Die Bornheimer SPD spricht sich für die Umwandlung der Heinrich-Böll-Sekundarschule in eine Gesamtschule mit zwei- bzw. dreizügiger Oberstufe aus. Ein Gutachter hat auf der Basis des Schulentwicklungsplans die Umwandlung empfohlen und auch die Schule selbst hat sich in einer Petition dafür ausgesprochen. Die darauf aufbauende Initiative von SPD und Grünen zur Umwandlung fand im Stadtrat bedauerlicherweise keine Mehrheit. Doch die Fraktion bleibt am Ball: „Wir möchten,

dass die Bornheimer Schullandschaft weiter gut aufgestellt ist. Dabei geht es jetzt darum, in welcher Form die Heinrich-Böll-Schule betrieben wird und wie sie der Nachfrage in den wachsenden Stadtteilen gerecht werden kann“, so Ute Krüger, schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

Der Stadtrat hat beschlossen, dass die Sekundarschule im Plangebiet des Me 18 neu gebaut werden und die Grundschule am jetzigen Standort bleiben soll. „Wir sollten unbedingt den

nachvollziehbaren Wunsch vieler Eltern und der Schulgemeinschaft ernst nehmen, den Kindern die bestmögliche Schulbildung zu ermöglichen, und die nun entstehenden Kapazitäten im Gebiet des Me 18 sinnvoll nutzen“, ergänzt der Bornheimer SPD-Vorsitzende und Mertener Ratsvertreter Philipp Voigt. „Unsere Fraktion wird weiter dafür kämpfen, dass im nördlichen Stadtgebiet eine zweite Gesamtschule entsteht und der Schulstandort so langfristig gesichert werden kann.“

## MEHR FÜR RADFAHRER

### SPD treibt Ausbau von Radwegen voran

>>> Die Bornheimer SPD will mehr für Radfahrer in Bornheim tun. „Wir wollen die Mittel für die Verbesserung des Radverkehrs in unserer Stadt verdoppeln“, erläutert die verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Ute Kleinekathöfer. Im kommenden Haushalt wollen die Sozialdemokraten 200.000 € einplanen, um die Situation der Radfahrer deutlich zu verbessern. „Dies kann aber nur ein Teil des Masterplans *Fahrradfreundli-*

*ches Bornheim* sein“, ergänzt Frank Krüger, der die SPD-Fraktion in der städtischen Radverkehrskommission vertritt.

Nach dem Willen der Sozialdemokraten soll bei jedem künftigen Straßenbauprojekt auf sichere Fahrradwege geachtet werden. Bei neuen Bebauungsplänen solle die sichere Führung des Radverkehrs von Beginn an Bestandteil der Planung sein.

## INHALT DIESER AUSGABE

SPD Rhein-Sieg wählte und schärfte Profil **Seite 2**

Schwarz-Grün im Kreis steht beim **Wohnungsbau** auf der Bremse **Seite 3**

Bornheim **familienfreundlich** gestalten **Seite 4**

**Verkaufsoffene Sonntage** sicherstellen **Seite 4**



## „HEIMAT“ NICHT DEN RECHTEN ÜBERLASSEN

Der Begriff Heimat erlebt eine erstaunliche Renaissance. Häufig wird der Begriff von der politischen Rechten jedoch instrumentalisiert und ausgrenzend gebraucht. Ob es auch einen sozialdemokratischen Heimatbegriff gibt, fragten die Jusos Rhein-Sieg und die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) bei einem gemeinsamen Themenabend. Schnell einig war man sich darin, den Begriff Heimat nicht einfach den Rechten zu überlassen, sondern ihn positiv und progressiv zu besetzen. „Bedroht wird Heimat nicht durch Vielfalt, sondern durch das Schließen von Jugendzentren, Bürgerhäusern und Dorfkneipen, oder auch durch steigende Mieten, die Menschen aus ihrem Umfeld verdrängen“, so der Juso-Vorsitzende Mario Dahm. Wilfried Hanft (SGK) sah die Aufgabe der Kommunen darin, entsprechende Angebote zu schaffen, die Begegnung und Austausch ermöglichen. Für Sara Zorlu, SPD-Fraktionsvorsitzende in Eitorf, ist die Kommunalpolitik der Ort, an dem Heimat durch politisches Handeln hergestellt werden muss.

## NRWSPD LEGT KONZEPT FÜR BEZAHLBARE MIETEN VOR

Um explodierenden Mieten und der Wohnungsnot etwas entgegenzusetzen, stellte der neue Landesvorsitzende der SPD, Sebastian Hartmann, ein Konzept vor. Mittels einer neuen Wohnungsbaugesellschaft des Landes sollen neue, bezahlbare Wohnungen entstehen. Sie arbeitet dabei ohne zusätzliche Haushaltsmittel und großen Verwaltungsapparat, indem die Kommunen Grundstücke als Eigenkapital einbringen, auf denen gebaut wird. Da die Landesgesellschaft keine Gewinne erzielen muss, kann sie überall im Land Wohnraum mit günstigen Mietpreisen bereitstellen. Außerdem will die SPD Mietsteigerungen gesetzlich stark begrenzen.

## „ROT PUR“ - SPD RHEIN-SIEG FÜR HÖHERE RENTEN UND MINDESTLOHN

>>> Die inhaltliche Debatte und die Wahl eines neuen Kreisvorstands standen im Mittelpunkt des Kreisparteitages der SPD im Rhein-Sieg-Kreis. Schon zuvor hatte die SPD in drei thematischen Veranstaltungen Ideen für die Themen Rente, Arbeit, Europa und Verteilungsgerechtigkeit gesammelt und diese in Anträgen auf dem Parteitag zur Diskussion gestellt. Mit diesen Positionierungen will die Rhein-Sieg-SPD auch auf Landes- und Bundesebene wirken und aktiv an einer Profilschärfung der SPD als linker Volkspartei mitwirken.

So fordern die Sozialdemokraten u.a. steigende Renten und eine neue „Garantierente“ von mindestens 1000 Euro, damit ein gutes Leben im Alter überall im Land möglich ist. Gute Arbeit muss auch gut bezahlt werden. Deshalb setzt sich die SPD Rhein-Sieg für die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro ein. Auch das ist ein Mittel, um Altersarmut zu bekämpfen. Die sachgrundlose Befristung will die Kreispartei verbieten, um mehr Sicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen. Um Investitionen in Bildung, Infrastruktur und sozialen Zusammenhalt sowie einen starken solidarischen Sozialstaat zu finanzieren, sprachen sich die

Delegierten für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und einen höheren Spitzensteuersatz für Top-Verdiener aus. So könnten gleichzeitig auch Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen entlastet werden.

Auf Antrag der Jusos schloss sich die SPD der Forderung nach einem „Ticket für alle“ für 365 Euro im Jahr und einen Euro am Tag im gesamten Verkehrsverbund an. Ein solches Ticket könnte perspektivisch Mobilität für alle Menschen sicherstellen sowie Luftverschmutzung und Dauerstau effektiv bekämpfen.

Mit 96% Zustimmung wählte der Parteitag den Bundestagsabgeordneten Sebastian Hartmann aus Bornheim erneut zum Kreisvorsitzenden. Seine Stellvertreter sind Achim Tüttenberg (Troisdorf) und Sara Zorlu (Eitorf). KassiererIn ist weiterhin Nicole Sander, Bürgermeisterin von Neunkirchen-Seelscheid. Die Schriftführung übernimmt Gisela Becker aus Lohmar. Den neuen Kreisvorstand komplettieren Mario Dahm (Hennef), Tobias Leuning (Swisttal), Cornelia Mazur-Flör (Königswinter), Katja Ruiters (Much), Frank Sauerzweig (Siegburg) und Denis Waldästl (Sankt Augustin).



Der neue Kreisvorstand der SPD Rhein-Sieg

## SCHWARZ-GRÜN STEHT BEIM WOHNUNGSBAU AUF DER BREMSE

>>> Bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen zu schaffen, ist die zentrale soziale Aufgabe des Jahrzehnts. Im Rhein-Sieg-Kreis fehlen bis zu 30.000 Wohnungen. Das liegt nicht nur am Zuzug, sondern z.B. auch daran, dass durchschnittlich immer weniger Personen in einem Haushalt zusammenleben. Wird der Wohnraum knapp, steigen die Preise. Das lässt sich auch im Rhein-Sieg-Kreis beobachten. Gerade in den Ballungsgebieten gibt es kaum noch bezahlbare Wohnungen. Die Folge ist ein Verdrängungsmechanismus.

Menschen mit kleinen Einkommen werden aus ihrem Umfeld verdrängt. Die SPD-Kreistagsfraktion arbeitet seit Jahren an diesem wichtigen Thema, scheitert mit Vorschlägen aber immer

**„Investieren statt spekulieren.“**

wieder an der schwarz-grünen Kreistagsmehrheit, die allenfalls halbherzig agiert. Zuletzt lehnten CDU und Grüne den Vorschlag der SPD ab, die Aktien-

anteile des Kreises am RWE-Konzern zu veräußern und die erzielte Summe in den Bau von Wohnungen mit bezahlbaren Mieten im öffentlichen Eigentum zu investieren. „Wir sind erstaunt, dass die Grünen im Hambacher Forst gegen das RWE demonstrieren, im Rhein-Sieg-Kreis aber gemeinsam mit der CDU eisern daran festhalten, Aktionär des Kohlekonzerns zu bleiben, statt kreiseigene Wohnungen zu bauen“, bedauert der Fraktionsvorsitzende der SPD, Dietmar Tendler, die Haltung der Kreistagsmehrheit.



## SOZIALER ARBEITSMARKT ALS CHANCE FÜR DIE REGION

SPD-Kreistagsfraktion hatte zur Diskussion geladen

>>> „Langzeitarbeitslose brauchen eine realistische Chance auf eine Arbeit, die sie leisten können“ - mit diesen Worten begrüßte Dietmar Tendler, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, interessierte Gäste zu einer Podiumsdiskussion zum sozialen Arbeitsmarkt. Auf Betreiben der SPD werden 150.000 neue, staatlich unterstützte Jobs geschaffen, um Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu bieten, die sonst kaum Fuß fassen könnten. Professor Dr. Stefan Sell von der Hochschule Koblenz stellte die Funktionsweise dieses Arbeitsmarktes vor. Zunächst werde ein Lohnkostenzuschuss gezahlt, der nach und nach reduziert wird. Der Geschäftsführer des DGB in Bonn/Rhein-Sieg, Jörg Mährle, sah in dem vorliegenden Gesetzentwurf von Bundesarbeitsminister Heil

(SPD) ebenfalls eine Chance und beschrieb das aktuelle System als würdelos. Kreishandwerksmeister Thomas Radermacher betonte, dass man nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen dürfe und verhindern müsse, dass ganze Generationen langzeitarbeitslos bleiben.

Hinsichtlich der Aufgabenfelder auf dem sozialen Arbeitsmarkt betonte Ralf Holtkötter vom JobCenter Rhein-Sieg, dass es keinen Mangel an geeigneten Tätigkeiten etwa in sozialen Einrichtungen oder Kommunen gebe. Unterstützung von Menschen mit körperlichen Einschränkungen, die Pflege von öffentlichen Flächen oder einfache Verwaltungstätigkeiten zur Unterstützung von Fachkräften kämen in Frage.

## DENIS WALDÄSTL ZUM VIZE-LANDRAT GEWÄHLT

Der Kreistag wählte den 31-jährigen Sozialdemokraten Denis Waldästl aus Sankt Augustin zum stellvertretenden Landrat des Rhein-Sieg-Kreises. Waldästl folgt damit auf Sebastian Hartmann, der das Amt nach seiner Wahl zum Landesvorsitzenden der SPD in NRW niedergelegt hatte. Er gehört dem Kreistag seit 2014 an und sitzt ebenfalls im Stadtrat von Sankt Augustin.

## SPD-FRAKTION KRITISIERT PROJEKT „LEAD CITY“

Als Mogelpackung bewerten die SPD-Verkehrspolitiker die Maßnahmen im Rahmen des ÖPNV-Modellprojekts in Bonn und dem Kreisgebiet. Allen Angebotsverbesserungen droht mangels langfristiger Finanzierung schon nach 1,5 Jahren wieder das Aus. Vom einstigen „kostenlosen Nahverkehr“ ist nur noch eine Umstiegsprämie für Bonner Neukunden mit dem großspürigen Namen „Klimaticket“ übriggeblieben.